

## **7. «Klimanotstand», Der Kanton Zürich ruft den Klimanotstand aus – für «eusi Zuekunft»**

Antrag des Regierungsrates vom 11. März 2020 zu den dringlichen Postulaten KR-Nrn. 62/2019 und 63/2019 und geänderter Antrag der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt vom 1. September 2020

Vorlage 5613a

*Alex Gantner (FDP, Maur), Präsident der Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU):* Kurz zusammengefasst, erstens, der Klimanotstand wurde durch den Regierungsrat nicht ausgerufen beziehungsweise erklärt. Zweitens: Das Klimathema ist definitiv im Kanton Zürich angekommen.

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt beantragt Ihnen, erstens, und dies einstimmig, das dringliche Postulat 62/2019 betreffend Klimanotstand als erledigt abzuschreiben, zweitens, ebenfalls einstimmig, das dringliche Postulat 63/2019 betreffend «Der Kanton Zürich ruft den Klimanotstand aus – für eusi Zuekunft» als erledigt abzuschreiben, drittens, und dies mehrheitlich, gestützt auf Paragraph 56 Absatz 2 des Kantonsratsgesetzes, dass der Kantonsrat eine abweichende Stellungnahme zum Postulat 62/2019 abgibt, und, viertens, eine gleichlautend abweichende Stellungnahme zum Postulat 63/2020 beschliesst. Die Minderheitsposition betreffend die abweichende Stellungnahme ist leider aufgrund eines formalen Fehlers bei der Schlussabstimmung in der KEVU in der a-Vorlage nicht ersichtlich, dafür möchte ich mich präsidial entschuldigen.

Wir stellen fest: Die beiden dringlichen Postulate wurden gleichentags am 25. Februar 2019, also einen Monat vor den Regierungsrats- und Kantonsratswahlen, eingereicht und zwei Wochen später, am 11. März 2019, beide für dringlich erklärt. Sie sind dann vom neu zusammengesetzten, also diesem Kantonsrat, nach Vorliegen der entsprechenden Berichte und Antragstellungen des alten Regierungsrates vom 10. April 2019, lautend auf zweimal Nichtüberweisen, an seiner ersten ordentlichen Sitzung nach Beginn der und Konstituierung für die Legislatur 2019 bis 2023 am 13. Mai 2019 überwiesen worden. Die beiden Postulate wurden dann, da sie das gleiche Thema betreffen, quasi fusioniert, und werden nun gemeinsam in der vorliegenden Vorlage 5613 behandelt. Es sind zwei Vorstösse, die die kantonalen Wahlen 2019 sicher entscheidend mitgeprägt haben und dann in der sogenannten Klimawahl gipfelten.

Der Antrag des Regierungsrates vom 22. April 2020 auf zweimal Abschreiben wurde innerhalb der einjährigen Frist zeitgenau vorgelegt. Nach Überweisung an die KEVU wurde die Vorlage an insgesamt vier Sitzungen behandelt. Bei der Vorlagenpräsentation am 9. Juli 2020 haben die beiden Erstpostulantinnen, unsere Kolleginnen Hannah Pfalzgraf und Sonja Gehrig die Möglichkeit wahrgenommen, in der Kommission eine mündliche Stellungnahme abzugeben und etwaige Fragen von Kommissionsmitgliedern zu beantworten. Beide Postulantinnen machten damals der Kommission beliebt, dass ein Ergänzungsbericht vom Regie-

rungsrat gefordert werden sollte. Dieses Vorgehen wurde nach einem entsprechenden Antrag und der folgenden Diskussionen in der Kommission von einer Mehrheit dann verworfen. Dafür beantragt eine Mehrheit der Kommission mit Beschluss vom 1. September 2020 mit der ansonsten einstimmigen Abschreibung der beiden dringlichen Postulate eine gemeinsame abweichende Stellungnahme abzugeben. Wir stellen somit auch fest: Die KEVU hat die Beratung der beiden dringlichen Postulate zum Klimanotstand, zusammengefasst in dieser Vorlage, trotz hoher Geschäftslast und anderer dringender Vorlagen zeitnah aufgenommen und, ohne die Sommerferien gerechnet, in circa zwei Monaten abgeschlossen. Vorbildlich, würde ich sagen, und dafür möchte ich allen Kommissionsmitgliedern, Herrn Baudirektor, Regierungsrat Martin Neukom, und den involvierten Personen aus der Verwaltung ganz herzlich danken. Dass nun die Behandlung im Kantonsrat erst zehn Monate später folgt, liegt ausdrücklich nicht in der Verantwortung der KEVU.

Kurz zur Erinnerung: Die beiden dringlichen Postulate waren nicht deckungsgleich. Beide forderten die wohl zeitlich unbefristete Ausrufung eines Klimanotstands im Kanton Zürich durch den Regierungsrat, setzten dann aber betreffend weitere Massnahmen in den Bereichen «Kommunikation», «Strategie», «Gesetzgebung», «Einbringung auf nationaler und internationaler Ebene» an unterschiedlichen Punkten an. Der Regierungsrat legt in seinem ausführlichen Bericht dar, dass der Regierung die Bedeutung der Stabilisierung des Klimas seit längerem bewusst sei und der Regierungsrat daran sei, in seinem Zuständigkeitsbereich vielfältige Massnahmen umzusetzen. Da verweise ich gerne auf die Übersichten auf Seiten 5 und 6 des Berichts zu den Bereichen «Verkehr», «Energie», «Abfall und Ressourcen», «Raumentwicklung», «Senken» und die Rolle der kantonalen Verwaltung als Vorbild in diesen und weiteren Bereichen, wie der Landwirtschaft und bei den Gebäuden. Aufgrund aktueller wissenschaftlicher Erkenntnisse ist aber nachweislich ein weiteres Momentum dazugekommen. Dieses wird im Legislaturprogramm 2019 bis 2023 des Regierungsrates mit einer prominenten Stellung des Themas «Klima» reflektiert. Konkret geht es um die Erarbeitung und anschliessende Umsetzung einer Klimastrategie. Diese wird ja bekanntlich auch in einer separaten Motion gefordert, die vor Jahresfrist anlässlich der Klimadebatte hier im Kantonsrat überwiesen worden ist. Die Kommission hatte Einsicht in den damaligen Stand der Arbeiten, quasi einen frühen – sehr frühen – Werkstattbericht des Baudirektors und der Baudirektion. Hier ist nun der Regierungsrat am Zug und wird aufgrund von laufenden Fristen bestimmt im Verlauf des Jahres mit seinen konkretisierten Überlegungen entsprechend vor die Bevölkerung treten. Bei der geforderten Zusammenarbeit legt der Regierungsrat zu Recht nicht nur den Fokus auf andere Kantone und die internationale Gemeinschaft, sondern auf die bedeutende Rolle der Gemeinden, also dort, wo wir alle leben, wohnen, arbeiten und unsere Freizeit verbringen, also der Raum, in dem wir uns aufhalten und bewegen. Verwiesen wird auf das Thema «Klima» in den kommunalen Gemeindeordnungen, die Weiterentwicklung der kommunalen Energieplanungen, Informationsveranstaltungen und Beratungen vor Ort und die energetische Modernisierung von kommunalen beziehungsweise auch kantonalen Gebäuden. Bei

den Kommunikationsmitteln werden im Bericht die bestehenden Kanäle ausführlich in Erinnerung gerufen. Knapp hält sich der Regierungsrat in seinem Bericht zum Thema «Ausrufen eines Klimanotstands», eigentlich das zentrale Anliegen der beiden dringlichen Postulate. Er hält in einem quasi Einzeiler ohne Begründung fest, dass er auf eine – Zitat – «symbolische Notstandserklärung» verzichtet. Das hat natürlich zu reden gegeben, wird es wohl auch heute, und ist ein entscheidender Grund für die abweichende Stellungnahme einer Mehrheit der KEVU, in voller Länge in der vorliegenden a-Vorlage nachzulesen.

Das Thema «Klimaschutz» ist spätestens mit diesen beiden dringlichen Postulaten im Kanton Zürich angekommen, darüber besteht wohl Einigkeit. Ob nun Notstand, Krise oder eine von vielen wichtigen Politbereichen unserer Zeit, darüber scheiden sich die Geister beziehungsweise die Meinungen – somit auch über die entsprechenden Massnahmen. Hier setzt auch der Kern der abweichenden Stellungnahme an. Neben dem Dank an die Regierung und die Anerkennung der bisherigen Aktivitäten findet die Mehrheit der Kommission, dass der Fokus immer noch zu eng gefasst wird. Es fehle eine klare, directionsübergreifende Strategie und somit entsprechende Massnahmen vor allem ausserhalb der Baudirektion. Es fehle ein Aufzeigen der notwendigen Ressourcen, inklusive personeller Ressourcen, inklusive aber auch neuer beziehungsweise sogenannt umgeschichteter finanzieller Mittel, die für die Bewältigung der Herausforderung nötig seien und sein werden. Die Koordinationsbemühungen aus Sicht des Kantons nach unten, also zu den Gemeinden, und nach oben, also zu den anderen Kantonen und zum Ausland, seien zu schwammig und daher nicht griffig genug. Auch der Kommunikation gegenüber der allgemeinen, angeblich uninteressierten Bevölkerung wird Nachholbedarf attestiert. Ebenfalls gehe der Bericht nicht auf das Thema der nachhaltigen und klimaneutralen Finanzanlagen und Investitionen des Kantons und anderer staatlicher Einheiten, wie der BVK (*Versicherungskasse für das Staatspersonal*) und der ZKB (*Zürcher Kantonalbank*), ein. Es ist aber der KEVU auch bewusst, dass nicht alle klimarelevanten Themen innert einem Jahr im Rahmen der beiden dringlichen Postulate in ihrer Vollständigkeit aufbereitet werden konnten. Dafür gebe es ja weitere Vorstösse, die jeweils vertieft Fragestellungen und Forderungen aufnehmen würden. Die KEVU wünscht sich in der abweichenden Stellungnahme, dass diese Fragestellungen und Themen nun zügig und ohne weiteren Aufschub angegangen werden.

Für eine KEVU-Minderheit ist eine abweichende Stellungnahme nicht nötig. Sie erachtet den Bericht des Regierungsrates als genügende Grundlage für die weiteren Arbeiten im Klimabereich auf kantonaler Ebene. Namens der KEVU-Mehrheit beantrage ich Ihnen Abschreibung der beiden dringlichen Postulate mit der abweichenden Stellungnahme. Besten Dank.

*Markus Bärtschiger (SP, Schlieren):* Fast wäre ich heute zu Hause im Sitzstreik geblieben. Ich kann sie verstehen, die Klimajugend, trotzdem wäre ich nicht wegen ihr fast zu Hause im Sitzstreik geblieben, sondern weil ich in Quarantäne hätte müssen. Ja, Corona (*Corona-Pandemie*) hat uns noch immer im Griff. Kurzfristig

hatte Corona sogar unser Klima im Griff: Am Himmel fehlten die Kondensstreifen der Flieger, der Autoverkehr ging teilweise zurück. Doch die heutigen Zahlen zeigen, dass der Trend wieder schnell in die andere Richtung geht, eher im Gegenteil: Es wird nachgeholt, dass es manch einem schlecht wird. Wir sind im Moment überzeugt: Irgendwie werden wir es schaffen, die Pandemie wird zu Ende gehen, das Klimaproblem wird aber bleiben, der Klimanotstand bleibt. Erfreulich viele Länder haben das erkannt. Sie nutzen die aktuelle Krise, um die nächste etwas zu mildern. Viele der Gelder, welche zur Ankurbelung der Wirtschaft gesprochen wurden, fliessen in den Klimaschutz. Und in der Schweiz? Das CO<sub>2</sub>-Gesetz wird abgelehnt (*in der Volksabstimmung vom 13. Juni 2021*). Auch wenn wir dauernd darüber sprechen – kaum eine wirksame verstärkte Initiative ist auszumachen. Wir wissen es, selbst sofortige Klimaschutzmassnahmen greifen nur langsam. Im Moment leben wir auf Kosten ärmerer Gesellschaften und auf Kosten der kommenden Generationen. Der Klimanotstand ist da. Aber – das berühmte Aber – unsere Demokratie kann einen Kulturwandel einleiten, hin zu einem anderen Umgang mit Ressourcen. Nochmals ein Aber: Bitteschön jetzt und nicht erst in noch grösserer Not als jetzt schon. In der höchsten Not unser Verhalten ändern zu müssen – zu müssen –, ist schwierig, fast ein Ding der Unmöglichkeit. Wenn wir nichts gelernt haben sollten aus der Corona-Krise, dies ins Schulbuch geschrieben, dies sollten wir wirklich gelernt haben: Proaktiv vorgehen – nicht reaktiv – sollte immer der Ansatz sein.

Ich bin überzeugt: Neben den technischen und administrativen Verbesserungen in den nächsten Jahren ist auch ein Umdenken möglich und nötig. Effizienzsteigerung, besseres Dämmen, reicht nicht. Unsere kulturellen Praktiken können und müssen wir ändern. Autofreie Innenstädte, Ferien ohne Flieger, Pendeln mit dem Velo oder dem ÖV können zur Selbstverständlichkeit werden. Man braucht dazu kein Prediger des Verzichts zu werden und man muss nicht zum Autohasser werden. Ein veränderter Lebensstil ohne riesige Einbussen bei der Lebensqualität ist möglich. Im Gegenteil: Weniger Mobilität kann auch eine Qualität beinhalten, mehr Zeit und weniger Stress, eine bessere Gesundheit.

Der Regierungsrat geizt bei der Beantwortung der zwei vorliegenden dringlichen Postulate nicht mit schönen Worten. Der SVP gehen diese schönen Worte schon genügend weit oder doch schon zu weit, wie die Behandlung des Energiegesetzes zu diesem Thema wieder einmal gezeigt hat. Die gemässigten bürgerlichen Parteien glauben dem Regierungsrat, dass die Massnahmen ergriffen werden und genügend sind. Es braucht ihrer Meinung nach keine Ausrufung des Notstandes.

Die SP anerkennt, dass der Regierungsrat heute inhaltlich wesentlich weiter ist als noch am Ende der letzten Legislaturperiode. Das reicht aber noch nicht. Es gibt einen Notstand, auch wenn es für uns klar ist – auch dies haben wir bereits beim Energiegesetz ausdiskutiert –, dass die Forderung nach mehr Umweltschutz sozial abgefedert werden muss. Der Regierungsrat ist noch immer sehr zaghaft unterwegs. In der Vorlage 5613 werden mehrheitlich alte und neue Massnahmen der Baudirektion beschrieben. Es werden nur wenige Massnahmen anderer Direktionen aufgezeigt. Der Regierungsrat hat nur ungenügend aufgezeigt, wie er künftig gedenkt, die Wirkung von allen Regierungsratsgeschäften auf das Klima zu

prüfen. Es ist genauer zu beschreiben, wie die angedachten Massnahmen beschleunigt werden können. Wo genau werden Ressourcen zur Bekämpfung der Krise umgeschichtet? Braucht es hierzu immer den mühsamen Weg über parlamentarische Vorstösse oder haben die Ämter die Zeichen der Zeit erkannt?

Wir tun gut daran, den Klimanotstand als einen solchen wahrzunehmen und auch entsprechend zu handeln. Ein solches Handeln ist ein beschleunigtes Handeln. Das ist nötig, aber auch machbar. Ich bin dankbar, wenn dies der Regierungs- und der Kantonsrat nicht nur erkennen, sondern auch entsprechend umsetzen.

*Ann Barbara Franzen (FDP, Niederweningen):* Nach dieser Tour d'Horizon der SP, die uns eine neue schöne Welt dargeboten hat, möchten wir doch wieder etwas zur Sache kommen. Es geht schliesslich um zwei dringliche Postulate zur Ausrufung des Klimanotstandes, die 2019 den Zürcher Kantonsrat erreicht haben. Aus Sicht der FDP können die beiden Postulate ohne weiteres abgeschrieben werden. Wir verlangen auch keine vom Bericht des Regierungsrates abweichende Stellungnahmen. In unseren Augen war nur schon die Überweisung nicht mehr als ein symbolischer Akt. Nun, da die Antwort des Regierungsrates vorliegt, fühlen wir uns in dieser Haltung bestärkt. Die Antwort des Regierungsrates zeigt nämlich auf, wie er die unbestritten grossen Herausforderungen des Klimawandels angeht. Sie zeigt auf, wie vielfältig und wie durchdringend auch die Planung und die konkreten Massnahmen sind. Wir konnten einen Blick in die Werkstatt des Regierungsrates werfen und dieser Blick beweist uns, dass die Regierung sich der Probleme bewusst ist, dass die Regierung die Probleme anpackt. Auch der Regierungsrat will nämlich den Klimanotstand nicht ausrufen. Auch er bezeichnet das Ausrufen als einen symbolischen Akt. Das ist vorderhand genug aus unserer Sicht. Blicken wir doch etwas zurück: Um diese Herausforderungen anzugehen, hat sich der Regierungsrat bereits in der Legislaturperiode 2015 bis 2019 die Massnahmenpläne zur Verminderung der Treibhausgase und zur Anpassung an den Klimawandel vorgenommen. Er hat diese festgesetzt – ich verweise da auf die Richtlinien der Regierungspolitik –, und mit Ermächtigung des Regierungsrates vom 26. September 2018 hat die Baudirektion entsprechend schon zwei umfassende Massnahmenpläne festgesetzt. Der Massnahmenplan «Anpassung an den Klimawandel» führt demnach bereits bei der Richtplan-Teilrevision 2020 zu umfassenden Massnahmen für klimaverträgliche Siedlungsplanung. Da geht doch was, liebe SP, da dürfen wir zuversichtlich sein, dass die Regierung diese Pläne umsetzen möchte. Es ist zwar so: Die Vernehmlassung für die Revision ist eben erst abgeschlossen worden und wir werden sehen müssen, wie die Vorschläge der Regierung ankommen. Bereits 2018, vor der Einreichung also dieser Postulate, hat die Regierung gehandelt, und das ist für die FDP das Richtige. Darüber hinaus hat die Baudirektion im Rahmen der Beratungen in der KEVU wiederholt und überzeugend dargelegt, dass sie sich des Themas der Klimaveränderung – und eben nicht des Notstandes an sich – konkret und bereits umfassend angenommen hat. Ein grosser Strauss an Massnahmen wurde uns präsentiert, er ist jetzt auch in der Antwort des Regierungsrates umfassend dargelegt. In den Augen der FDP ist es das, was zählt, konkrete Massnahmen – und nicht das symbolische Ausrufen eines

Klimanotstandes. Was gewisse Massnahmen im Detail angeht, so sehen wir als FDP vor allem bei der Förderung der Kreislaufwirtschaft oder auch bei CO<sub>2</sub>-Rückgewinnung grosse Potenziale. Gerade die Entnahme von CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre mittels sogenannter Negativemissionstechnologien ist sicher ein vielversprechender Ansatz. Ich habe hier nur zwei Massnahmen, zwei Möglichkeiten erwähnt, es gäbe natürlich noch viele, von einigen haben wir bereits gehört, auch in den Ausführungen des Kommissionspräsidenten.

Um den Reigen der regierungsrätlichen Arbeit aber noch abzuschliessen, möchte ich noch auf die Klimastrategie verweisen: Die Baudirektion erarbeitet ja zurzeit eine umfassende Klimastrategie und ein Vorgehen zur Dekarbonisierung. Wir meinen, das gilt es jetzt abzuwarten. Auch hier sind wir zuversichtlich, dass die Regierung Massnahmen vorlegen wird. Zur Politik der FDP gehört es nicht, einen Vorstoss zu unterstützen, nur weil «Klima» draufsteht. Es gehört nicht zu unserer Politik, dass wir den Notstand ausrufen, ohne dass es tatsächlich einen Notstand im Sinne der Verfassung gäbe. Wir legen Wert auf Nachhaltigkeit in allen Dimensionen: Ökologie, Ökonomie und Gesellschaft. Und darüber hinaus legen wir Wert auf Selbstverantwortung und kluge Anreizsysteme. Wir präferieren das natürlich vor jeglichen staatlichen Eingriffen. Und so fordern wir verursachergerechte Politik, Kostenwahrheit, Technologieoffenheit, aber keine Symbolpolitik. Umweltpolitik muss im Alltag einfach umsetzbar sein und sie muss wirtschaftlich tragbar sein. Nur so wird sie von der Bevölkerung auch akzeptiert werden und nur so kann sie nachhaltig sein – und stabil über eine Legislaturperiode hinweg.

Für die FDP ist unbestritten, dass der Klimawandel eine grosse Herausforderung für uns alle, für den Kanton darstellt. Im Gegensatz zu den Postulantinnen und Postulanten sind wir sowohl mit der Antwort der Regierung wie auch mit den Massnahmen, die aufgezeigt worden sind, zufrieden. Wir schreiben beide Postulate ohne abweichende Stellungnahme ab. Wir glauben dem Regierungsrat. Die Kritik oder den Unglauben der SP teilen wir nicht. Wir glauben dem Regierungsrat und wir glauben auch dem grünen Baudirektor. Besten Dank.

*Sonja Gehrig (GLP, Urdorf):* Bis im letzten Jahr verursachten menschliche Aktivitäten eine globale Erwärmung von 1,2 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit, dies gemäss IPCC (*Intergovernmental Panel on Climate Change*). Und die letzten sieben Jahre waren global die sieben wärmsten Jahre seit Messbeginn 1980. Um eine unkontrollierbare globale Erwärmung mit nicht absehbaren Folgen zu verhindern, ist es unerlässlich, die Treibhausgas-Emissionen schnellstmöglich massiv zu reduzieren. Auch in der Schweiz wird der Klimawandel noch mehr zu spüren sein. Neben Landwirtschaft und Wintertourismus ist er auch ein Sicherheits-, ein Artenschutz- und ein Friedensproblem, er betrifft uns alle.

Die Grünliberalen forderten mit ihrem Postulat, dass auch im Kanton Zürich der Klimanotstand ausgerufen wird. Der Kantonsrat hat dies mit Überweisung des Postulates gemacht. Mit der Notstandserklärung zu einem symbolischen Notstand forderten wir den Regierungsrat auf, die Eindämmung des Klimawandels und seiner schwerwiegenden Folgen als eine Aufgabe von höchster Priorität anzuerkennen. Das Ausrufen des Klimanotstands ist auch eine der zentralen Forderungen

der sich für mehr Klimaschutz engagierenden Schülerinnen und Schüler. Die Dringlichkeit und die Herausforderung sind kein Akt der Symbolik. Ihre ist auch unsere Forderung und es ist klar: Es ist Zeit zu handeln, und zwar höchste Zeit. Inzwischen haben fast 2000 Städte und politische Regionen in über 30 Ländern symbolisch den «Climate emergency» ausgerufen. Deshalb ist es schade, dass der Regierungsrat diese Forderung nicht stärkt und nachdoppelt. Doch für uns zählen schliesslich Taten und nicht nur Worte. Der Regierungsrat, insbesondere die Baudirektion, trägt unsere Forderung mit, Geschäfte, die den Klimawandel bekämpfen, aktiv voranzubringen. Dafür bedanken wir uns an dieser Stelle.

Er hat einen Strauss von Massnahmen definiert. Positiv würdigen möchte ich insbesondere die Massnahmen im Energiebereich, vor allem die Heizungsersatzprogramme und das Förderprogramm zu energetischen Sanierungen. Mit der Verankerung der MuKEN (*Mustervorschriften der Kantone im Energiebereich*) im Energiegesetz kommen wir im Kantonsrat hier einen grossen Schritt vorwärts. Und wir begrüssen es, dass Massnahmenpläne zur Verminderung der Treibhausgas-Emissionen und zur Anpassung an den Klimawandel bezüglich der Kompatibilität zum Pariser Klimaziel überprüft werden. Hier sind wir gespannt auf die neue Strategie des Regierungsrates, die eigentlich schon per Ende 2020 erwartet worden ist.

Bei vier Massnahmenkategorien wird der aktive Klimaschutz im Postulatsbericht des Regierungsrates jedoch noch stiefmütterlich behandelt:

Erstens: Der Fokus sollte nicht nur auf direkten Treibhausgas-Emissionen liegen. Denn indirekte Emissionen tragen zu 70 bis 80 Prozent in Form von importierter grauer Energie zum Klimaproblem bei. Um in Richtung Pariser Klimaabkommen zu kommen, müssen deshalb auch die indirekten Emissionen aus unserem Konsum angepackt werden. Neben dem Netto-null-Ziel, das nur den kleineren Anteil der direkten Emissionen im Fokus hat, braucht es auch für die indirekten Emissionen Ziele und Absenkpfade.

Zweitens: Beim Verkehr fehlt zum Beispiel die Elektromobilität in den Massnahmen ausserhalb der kantonalen Gebäude ganz. Beim Veloverkehr müssen noch Taten auf die Worte folgen. Und im Flugverkehr braucht es eine Einflussnahme auf CO<sub>2</sub>-Reduktionen durch Kostenwahrheit und den Ersatz von fossilen Treibstoffen durch synthetisch-erneuerbare.

In der Bildung, drittens, fehlt die konkretere Einbindung und Umsetzung des Klimaschutzes auf allen Bildungsstufen.

Und viertens: Bei der BVK und der ZKB gibt es einen immens grossen Hebel bei den Geldgeschäften. Auch hier kann ein aktiver Beitrag zum Klimaschutz geleistet werden. Der Regierungsrat zeigt jedoch nicht auf, wie der Kanton mehr Einfluss bei der Förderung der Klimaverträglichkeit von kantonalen Finanzanlagen nehmen kann. Die betrifft insbesondere die BVK.

In diesen vier Bereichen, also Klimaziele bei indirekten Emissionen, Verkehr, Bildung und Einflussnahme auf Anlagegeschäfte der BVK, erwarten wir eine Nachdoppelung in Richtung langfristige Klima- und Dekarbonisierungsstrategie.

Auch zeigt der Regierungsrat nicht auf, wie die angedachten Massnahmen beschleunigt werden können, und auch nicht, wo genau welche Ressourcen zur Bekämpfung der Klimakrise gebraucht und allenfalls umgeschichtet werden.

Zusammengefasst möchten wir uns für die bereits in Angriff genommenen Klimaschutzmassnahmen bedanken. Es braucht aber noch weitere Schritte zum aktiven Klimaschutz. Diese müssen nun zügig angegangen werden, wir müssen einen Zacken zulegen bei der Umsetzung. Wir sind gespannt auf die neue Strategie des Regierungsrates und den aktualisierten Massnahmenplan Klimaschutz. Wir empfehlen dem Kantonsrat die beiden dringlichen Postulate unter Berücksichtigung der abweichenden Stellungnahme abzuschreiben.

*Farid Zeroual (Die Mitte, Adliswil):* Im Mai 2019 wurden die beiden Postulate zum Klimanotstand an den Regierungsrat überwiesen. Im April 2020 hat der Regierungsrat fristgerecht zu den Postulaten Bericht erstattet. Anders als der von den Postulaten geforderte symbolische Notstand befanden sich der Kanton Zürich und die gesamte Schweiz zum Zeitpunkt der Beantwortung in einer echten Notlage (durch die Corona-Pandemie). Es galt die ausserordentliche Lage und dies zeigt im Nachhinein deutlich, dass die Agenda der Behörden und der Verwaltung durch Real- und Sachpolitik geprägt wird – und nicht durch symbolpolitische Vorstösse. Bei der Beratung zur Erklärung der Dringlichkeit und zur Überweisung hat die Mitte-Fraktion schon die Frage gestellt: Was geschieht, wenn diese Postulate überwiesen werden? Heute kennen wir die Antwort: Am CO<sub>2</sub>-Ausstoss und am Klima hat sich erst mal gar nichts geändert. Es wurden dem Regierungsrat beziehungsweise der Verwaltung Ressourcen entzogen, in dem sie dazu gezwungen wurden, innert weniger Monate neue Strategien zu erfinden und weitere Berichte zu erstellen. Wer also bei der Überweisung gemeint hat, dass der Regierungsrat das Klima nun besser oder schneller rettet, dürfte ernüchtert sein. Wer dem Regierungsrat nur ein Jahr Zeit für die Beantwortung der Postulate zur Verfügung stellt, um zusätzliche Massnahmen vorzuschlagen, hat vor allem Aktivismus und Symbolpolitik betrieben.

In seiner Antwort nimmt der Regierungsrat nämlich Bezug auf die beiden bereits im Jahr 2018 vom AWEL (*Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft*) des Kantons Zürich veröffentlichten Massnahmenpläne «Klimawandel – Verminderung» und «Klimawandel – Anpassung». Im Massnahmenplan sind vier Teilprojekte – Industrie, Energie und Gebäude, Verkehr und Raum, Land- und Forstwirtschaft, Abfall- und Ressourcenwirtschaft – beschrieben. Dutzende von Massnahmen für den Zeitraum 2019 bis 2024 und darüber hinaus sind geplant. Sie sollen weiterhin konsequent umgesetzt werden. Denn am Faktum, dass das Klima sich wandelt, und an den zugrundeliegenden Daten hat sich in den letzten Monaten nichts schlagartig verändert. Zwischenzeitlich hat der Kantonsrat, mit Unterstützung der Mitte-Fraktion, das neue Energiegesetz verabschiedet. Die Mitte-Fraktion begrüsst auch zukünftig Vorstösse, welche die Nachhaltigkeit und Effizienz bei der Erzeugung und Nutzung von Energie anstreben. Aber dabei soll mehr Nutzen erzeugt werden als lediglich zusätzliche Berichterstattungen. Die Mitte-Fraktion unterstützt die Abschreibung der beiden Postulate zum Klimanotstand.

*Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. A.):* Wie gefährlich mein Beruf als Schreiner sein kann, musste ich erst kürzlich wieder erfahren: Dem ständigen Druck eines Kleingewerblers wieder mal nachgebend, arbeitete ich dummerweise so hastig, dass sich ein gewaltiger Holzsplitter in meine linke Hand bohrte. 52 Millimeter Birkenholz musste der Chirurg vom Spital Affoltern operativ wieder entfernen, ein Hoch dem Bezirksspital Affoltern! Wie die meisten von Ihnen inzwischen wissen, haben die in meine Voten eingebauten Geschichten immer einen Bezug zum jeweils diskutierten Thema. Die Analogie zu den beiden vorliegenden Postulaten betreffend Klimanotstand liegt wohl auf der Hand: So wie mein Holzsplitter sind auch diese beiden Postulate wie Stacheln im Fleisch, im Fleisch nämlich unserer Trägheit, unserer Tatenlosigkeit, unserer Weigerung, endlich konkret und wirksam gegen den Klimawandel vorzugehen. Nur umweltpolitisch ignorante Dinosaurier behaupten in ihrer artgerechten Verleugnungsstrategie immer noch, der Klimawandel habe mit menschlichen Verhaltensmustern nichts zu tun, als ob es dem Klima egal wäre, dass wir Menschen seit 150 Jahren Kohle, Erdöl und Erdgas verbrennen. Diesem Röhrenblick entgeht folglich auch, dass das Kohlenstoffdioxid, also CO<sub>2</sub>, den aktuellen Temperaturanstieg massgeblich mitverantwortet. Sich mit dem Hinweis, das Klima habe sich schon immer verändert, von jeglicher Schuld reinwaschen zu wollen, ist ein billiger Taschenspielertrick. Denn ob sich das Klima im Verlauf Tausender Jahre oder innerhalb von weniger Menschengenerationen verändert, ist weiss Gott nicht dasselbe.

Immerhin hat der Regierungsrat die Problematik erkannt. Und dass er bereit ist, zeitliche und finanzielle Ressourcen zur Bekämpfung des unnatürlich hohen Temperaturanstieges einzusetzen, finden wir erfreulich. Das heisst nämlich auch, dass Druck aus diesem Parlament etwas bewirken kann. Es gilt mit Entschlossenheit den eingeschlagenen Weg weiterzuverfolgen, dazu sind wir alle aufgefordert. «Wir» heisst in diesem Fall «Alle», das Parlament, der Regierungsrat und die verantwortlichen Mitarbeitenden aus Verwaltung und Fachstellen. Mit «Wir» sind aber auch alle jene gemeint, die auf der Strasse lautstark konkrete Schritte im Klimaschutz gefordert haben.

Unser Parlament gehört vielleicht nicht zu den Raketen punkto Tempo in Konsensfindung und Beschlussfassung. Dafür respektieren wir unsere über Jahrzehnte bewährten demokratischen Prozesse und erhalten als Belohnung dafür tragfähige und breitabgestützte Entscheide. Auch das ist Nachhaltigkeit und ein unabdingbares Attribut, wenn wir im Umwelt- und Klimaschutz wirklich weiterkommen wollen. Dabei stimmt es nachdenklich, wenn ausgerechnet die jüngste Wählerinnen- und Wählergruppe der 18-bis 36-Jährigen jene ist, die bei der kürzlichen Abstimmung das CO<sub>2</sub>-Gesetz am wenigsten unterstützt hat. Es ist nun mal so: Wenn der Aschenbecher in meinem Auto voll ist, kann ich ihn nicht einfach auf den Schrottplatz stellen und einen neuen Wagen fordern. Für einen wirksamen Klimaschutz braucht es den Willen aller Generationen, einen persönlichen Einsatz zum Aufräumen zu leisten. Und das hat nun mal seinen Preis.

Das symbolische Zeichen des Klimanotstandes hat seine Funktion erfüllt. Jetzt ist die Zeit der Tatbeweise. Und bereits im kommenden November bietet sich dazu

Gelegenheit. Denn wem es ernst ist mit konkretem Klimaschutz, wird das an der Urne mit einem überzeugten Ja zum neuen Energiegesetz ausdrücken können. Der EVP ist es wichtig, dass jetzt alle zur Verfügung stehenden Kräfte weiterhin gezielt für die Erarbeitung weiterer Massnahmen und deren schnelle Umsetzungen eingesetzt werden. Darum sind wir bereit, der Abschreibung der beiden Postulate mit abweichender Stellungnahme zustimmen.

*Manuel Sahli (AL, Winterthur):* Die Forderung nach einem Klimanotstand war eine wichtige Forderung der Klimajugend und natürlich hat man von dem, was unter einem Notstand zu verstehen ist, auch eine bestimmte Vorstellung. Ich glaube, diese Vorstellung des Begriffs des Notstandes ist auch das, was in der Diskussion ein bisschen gespalten hat, und der Grund, warum dieser Klimanotstand auch einen deklaratorischen Charakter zugesprochen erhalten hat. Der Begriff impliziert nämlich, dass wir eine unmittelbare Gefahr haben und unmittelbare Aktionen zur Behebung dieses Notstands notwendig sind. Ich habe hiermit indirekt aus dem entsprechenden Artikel zum Ausnahmezustand zitiert. Ich hätte wahrscheinlich auch eine andere Definition nehmen können. Aber, um es vielleicht umzuformulieren: In den Augen von manchen Leuten und auch der Bürgerlichen, von manchen zumindest, würde ich sagen, müsste das Klima wahrscheinlich mit Panzern an den Grenzen stehen, bereit, in den nächsten Tagen einzudringen, damit gewisse Kreise diese Gefahr genug ernst nehmen und sehen, dass wirklich ein Klimanotstand herrscht beziehungsweise dass wir hier auch eine ernsthafte Gefahr vorliegen haben. Das Problem ist nun, dass diese Gefahr halt nicht so augenscheinlich ist. Man kann sie gut sehen, wenn man auf den zweiten Blick genau hinschaut, sei es nun, wenn wir allein schon bei uns in der Schweiz in den Alpen die Gletscher beobachten, wie sie langsam zurückgehen. Aber vielleicht ein bisschen zu langsam, als dass man sich dessen wirklich bewusst wird. Oder schauen Sie auch die Statistiken an, wenn Sie es ein bisschen faktenbasierter mögen. Hören Sie auf die Wissenschaftler, dann erkennen Sie auch gewisse Alarm-signale, die für einen Klimanotstand sprechen. Schauen wir an, was der Regierungsrat denn aus dieser Forderung gemacht hat. Ja, wenn wir die Antwort des Regierungsrates anschauen, sehen wir, ein bisschen überspitzt gesagt, eine Art Hochglanzprospekt von allem, was der Regierungsrat bisher macht, diverse Massnahmen – wir haben es gehört – vorwiegend aus der Baudirektion, Strategien und so weiter, die bereits erarbeitet werden, und ein bisschen der Groove: Ja, was wir machen, ist schon genug, wir sind auf gutem Weg. Nun ja, wenn wir nun hinsehen: Auch wenn das CO<sub>2</sub>-Gesetz im Kanton Zürich nicht abgelehnt wurde – glücklicherweise wurde das CO<sub>2</sub>-Gesetz hier angenommen, deshalb sind wir auch zuversichtlich fürs Energiegesetz –, so sehen wir durch diese Ablehnung trotzdem, dass wir hier noch längst nicht am Ziel sind. Hier müssen wir weiterarbeiten. Und auch wenn das Energiegesetz angenommen wird, sind wir noch längst nicht am Ziel. Das Ziel des Pariser Klimaabkommens schaut weit in die Zukunft, nämlich nicht für netto null 2040, sondern 2050. Und wir schreiben hier bereits ein Postulat für einen Klimanotstand einfach so ab, irgendwie fühlt sich das nicht richtig an.

Nun ja, wie auch immer, es ist schwierig, wie das besser angegangen oder wie das besser hätte beantwortet werden können. Ich denke auf jeden Fall: Einfach so eine Abschreibung – man hätte es besser lösen können. Ich hätte zumindest neue Vorschläge oder – wie soll man sagen? – ein bisschen Selbstreflexion erwartet, wie man es regeln kann. Wie sieht es in zehn Jahren aus? Kann man dies irgendwie besser begleiten? Hier hätte ich mehr Weitsicht des Regierungsrates in seiner Antwort erwartet beziehungsweise auch in einem Klimanotstand ist eine Definition erwünscht, eine Definition von Klimanotstand, was man jetzt daraus macht, und nicht nur einen Hochglanzprospekt. Wie auch immer, wir haben es hier mit Postulaten zu tun. Und diese unterliegen gewissen parlamentarischen Regeln. Innerhalb dieser Regeln bleibt auch uns von der AL nichts anderes übrig, als dieser Abschreibung mit abweichender Stellungnahme zuzustimmen, aber trotzdem mit dem Protest, den ich hier geäußert habe, dass dies hier, so wie es vorliegt, eigentlich nicht genügt.

*Christian Lucek (SVP, Dänikon):* Episch sind wir jetzt wieder einmal in einer Klimadebatte, episch wie ein GVZ-Geschäftsbericht (*Vorlage 5702*) heute Morgen, bei dem Kollege Markus Bischoff erwähnt hat, dass eigentlich nur Diskussionen über Kampfflugzeuge oder das Klima die Leute aus dem Busch locken können. Es fehlt mir noch ein wenig diese Stimmung, die da aufkommt, und erlauben Sie mir doch jetzt, die Idylle ein wenig zu brechen.

Wir kommen zu diesen Postulaten zum Klimanotstand: Angetrieben von demonstrierenden Schulschwänzern in Eisbärenkostümen, wurden 2019 diese beiden dringlichen Postulate von rot-grünen und grün-roten Parteien zur Befeuerung der Klimawahl eingereicht. Nun befinden wir uns am Ende dieser Sternstunde der Symbolpolitik oder doch eher an einem Tiefpunkt seriöser Parlamentsarbeit. Eine KEVU-Mehrheit hat es in einem letzten Aufbäumen noch fertiggebracht, eine abweichende Stellungnahme zu verfassen, weil ihr der Bericht des grünen Baudirektors zu wenig weit geht. Darin wird hier und da lamentiert, die Massnahmen seien zu wenig konkret, ohne dabei selber konkret zu werden, nochmals reine Symbolpolitik auch hier. Welche Geisteshaltung die vereinigte Klimaallianz dabei an den Tag legt, kommt insbesondere in der Aussage zur kantonalen Informationspolitik zum Ausdruck, Zitat aus dem Ergänzungsbericht: Es werde nicht gezeigt, wie uninteressierte Laien mit den nötigen Informationen versorgt werden. Unschwer liest man zwischen den Zeilen, was damit gemeint ist, nämlich: Die Regierung soll doch nun endlich alle ewiggestrigen Petrolköpfe und Klimaleugner mit Staatspropaganda indoktrinieren und mit einer Gehirnwäsche gefügig machen für mehr Verbote, Bevormundung und Umverteilungsmassnahmen zugunsten der gutmenschlichen Ökoindustrie. Darum geht es. Was die Bevölkerung und auch die Jungen davon halten, haben sie am 13. Juni 2021, beim Waterloo des CO<sub>2</sub>-Gesetzes gezeigt. Und wenn Sie das nun schönreden, Herr Sahli, ja, genau, in der Stadt Zürich und in der Stadt Winterthur hat man das vielleicht noch nicht ganz gecheckt, aber es wird dann abgerechnet, wenn das Referendum zum Energiegesetz zur Abstimmung kommt.

Es ist an der Zeit, zu einer seriösen Politik zurückzukehren, wo Freiheit und Innovation gefördert werden und damit wirkliche und nicht symbolische Fortschritte für die Gesellschaft und die Umwelt erzielt werden. Die SVP stimmt daher der Abschreibung der Postulate zu und wir unterstützen auch den Minderheitsantrag der FDP, der hier in der Vorlage verloren gegangen ist, auf eine abweichende Stellungnahme der KEVU zu verzichten. Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

*Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos):* Interessant, heute, da vor allem die linke Mehrheit hier redet, gibt es keine reduzierte Debatte. Warum eigentlich nicht, Herr Präsident? Warum eigentlich nicht, geschätzte Fraktionschefs der Linken? Geht es heute nicht um den Klimaschutz, doch wirklich um den «Klimastutz»? Leben wir in einem Klimanotstandsgebiet? Haben wir seit Monaten tagsüber Temperaturen von 35 Grad? Nein, natürlich nicht. Erinnern wir uns doch an den 4. Februar 1985: Da traf sich der Nationalrat auf Veranlassung der Sozialisten, die damals 52 Sitze im Nationalrat hatten, zu einer Sondersession zum Waldsterben. Und was ist davon geblieben? Das Waldsterben war die Jahrhundertlüge, nichts, aber gar nichts hat gestimmt. Die Wissenschaft malte uns Schreckensszenarien an die Wand. Und nun stehen wir scheinbar vor dem Klimaabgrund. Die meisten Sprecher hier im Rat warnen vor der Klimaerwärmung. Erinnern Sie sich? 1978 warnten sogenannte Forscher im Staatsfernsehen vor einer neuen Eiszeit. Diese wissenschaftliche Voraussage ist jedoch bis heute nicht eingetroffen, dafür feiern wir jetzt, nach zumindest temporärem Abklingen der Corona-Krise den derzeit überhitzten Planeten. Ob der wichtigsterische Kleinstaat Schweiz Millionen oder Abermillionen Steuergelder verludert, wird am Weltklima gar nichts ändern. Der CO<sub>2</sub>-Anteil der Schweiz gemäss Wissenschaft, Alleinverursacher der sogenannten Klimaerhitzung, beträgt 0,1 Prozent und je nach Quelle einen Bruchteil mehr oder weniger. Die Milliardenvölker China und Indien sehen nicht vor, im grossen Stil Klimaschutz zu betreiben, ebenso wenig wie etwa Indonesien, wo demnächst wieder einmal gigantische Vulkane explodieren werden, so wie in Island, Montserrat oder auf den Philippinen, in Afrika oder auf dem amerikanischen Kontinent. Diese Debatte hier ist «für die Füchse», sie ist «für die Füchse» und die Galerie. Es geht auch hier und heute nur um den «Klimastutz» und nicht um den Klimaschutz. Es geht darum, die Bevölkerung mit neuen Einschränkungen und neuen Abgaben zu belasten. Und es ist so, wie es schon bei der Jahrhundertlüge Waldsterben der Fall war. Ich finde es penibel, wenn das Parlament eine solche Show wie heute veranstaltet, die ausser Kosten absolut nichts bringt. Aber natürlich, es ist Ihre Agenda, es ist Ihre Bühne, liebe Links-Grüne, und deshalb haben wir jetzt eine freie Debatte. Viel Vergnügen.

*Valentin Landmann (SVP, Zürich):* Aus meiner Sicht ist die Ausrufung des Klimanotstandes durch den Kanton Zürich, insbesondere durch den Kantonsrat des Kantons Zürich, eine absolute Verhöhnung all der Länder, in denen sich das Klima tatsächlich von seiner schlechtesten Seite zeigt. Wir verhöhnen all diejeni-

gen, die wirklich leiden, indem wir einen Notstand ausrufen. Ich bin deshalb ebenfalls für die Abschreibung des Postulates. Es gibt auch massenweise Kriege auf dieser Welt, Kriege, zu denen wir sicher nicht Ja sagen können. Ich wäre deshalb konsequenterweise dafür, dass wir auch den Kriegsnotstand in Zürich ausrufen und eine Standesinitiative starten, die Schutzräume zu beziehen aus Solidarität mit den Menschen, bei denen Kriege laufen. All das ist Unsinn. Es gab in den 20er-Jahren des letzten Jahrhunderts einen Gassenhauer mit dem Text: «Schwachsinn, du mein Vergnügen, Schwachsinn, du meine Lust», das sollte nicht zum Motto des Zürcher Kantonsrates werden. Die Schweiz macht normalerweise ernsthafte Politik. Die Schweiz hat eine wesentlich bessere Klimabilanz zum Beispiel als Deutschland, weil wir eben – und das ist etwas, das man nicht mehr fördert – noch Wasserkraftwerke und Atomkraftwerke haben, was zu einer viel besseren Klimabilanz führt als in der Bundesrepublik, die noch so sehr Klimanotstände ausrufen kann, aber viel schlechter dasteht. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und fordere Sie auf, zur Sachpolitik zurückzukehren und unnütze Deklarationen zu begraben.

*Nicola Siegrist (SP, Zürich):* Auf die «Polteri» des letzten Jahrhunderts, die in den Vulkanen die beste Methode gegen die Klimakrise sehen, gehe ich nicht ein. Ich finde, Herr Amrein, Sie sollten sich für solche Aussagen schämen. Ich beziehe mich aber auf den Entwurf des nächsten Teilberichts, welcher vom IPCC diese Woche teilveröffentlicht wurde, und ich zitiere aus diesem Bericht: Wenn wir das 1,5-Grad-Ziel von Paris verfehlen, dann hat das – Zitat – «irreversible Auswirkungen auf Menschen und ökologische Systeme». Weiteres Zitat: «Das Leben auf der Erde kann sich erholen, indem es neue Arten hervorbringt und neue Ökosysteme schafft.» Das Zitat geht aber weiter: «Menschen können das nicht.» Der Bericht führt aus, welche Konsequenzen drohen. Bei einer Erwärmung um 2 Grad Celsius gibt es für 420 zusätzliche Millionen Menschen die Gefahr von grossen Hitzewellen, 80 Millionen haben ein zusätzliches Risiko, an Hunger zu leiden, und bei 3 Grad Celsius steigt das Sterberisiko in Europa um das Dreifache. Und jetzt, wenn Sie das schon so zynisch erwähnen, Herr Landmann, in dieser Woche stehen 400'000 Menschen in Madagaskar vor dem Hungertod wegen anhaltender Dürren. Ist das die Schuld der Leute in Madagaskar, weil sie zu viele CO<sub>2</sub>-Emissionen ausgestossen haben? Kann man ernsthaft sagen «die Schweiz hat einen zu kleinen Beitrag, wir fühlen uns da null verantwortlich»? Nein natürlich kann man das nicht. Wir tragen eine Mitverantwortung und deswegen müssen wir auch in der Schweiz und auch im Kanton Zürich alles daransetzen, was wir tun können. Und okay, «Taten statt Worte» wurde gesagt, einverstanden, aber seit 2019 gab es keine Reduktion der Emissionen, wenn wir die Corona-Krise herausrechnen. Wir sind jetzt sogar höher mit den CO<sub>2</sub>-Emissionen als vor der Pandemie. Und wir steuern weiter auf eine Erhitzung um 3 Grad Celsius zu. Das Schweizer Klimabudget ist in fünf bis sechs Jahren aufgebraucht; in fünf bis sechs Jahren, das ist vor 2030. Und solange keine Klimastrategie vorliegt, solange das Energiesgesetz nicht wirkt, solange keine Massnahmen im Verkehrs-, Strom- oder

Konsumbereich ernsthaft greifen, könnt ihr noch so lange von Handeln sprechen, es ist einfach kein Handeln.

Schreiben Sie dieses Postulat von mir aus heute ab, aber reden Sie sich nicht ein, dieser Klimanotstand sei weg, im Gegenteil, wir werden ihn noch richtig spüren.

*Florian Meier (Grüne, Winterthur):* Nachdem wir die Drohgebärden der Klimaschutzverweigerer nun gehört haben, können wir wieder zurück zu den Tatsachen kommen. Die Abstimmung zum CO<sub>2</sub>-Gesetz hat gezeigt: Die Bevölkerung im Kanton Zürich will mehr Klimaschutz. Eine klare Mehrheit im Kanton Zürich will, dass wir das Netto-null-Ziel zügig anstreben und die nötigen Massnahmen möglichst bald aufgleisen und umsetzen. Wenn man den Bericht zum Postulat liest, so ist es augenfällig, dass dieser Wille noch nicht in allen Direktionen vorhanden ist. Der Bericht zeigt nämlich, erstens: Viele Klimamassnahmen werden von der Baudirektion umgesetzt, mehr als drei Viertel aller aufgelisteten Massnahmen sind ihr zugeordnet. Und zweitens: Beim Klimaschutz steht die Baudirektion ziemlich alleine da. In manchen Direktionen scheint man Mühe zu haben, überhaupt irgendwelche Massnahmen definieren zu können, geschweige denn, die richtigen Prioritäten setzen zu können. Beispiele wollte Christian Lucek hören, nehmen wir zum Beispiel den Verkehr: Durch diesen wird rund ein Drittel aller Treibhausgase im Kanton verursacht. Eine Massnahme der Volkswirtschaftsdirektion umfasst beispielsweise die Beschaffung von effizienteren Fahrzeugen beim ZVV (*Zürcher Verkehrsverbund*). Die kantonale Verwaltung soll damit – so steht es geschrieben – eine Vorbildfunktion übernehmen. Verstehen Sie mich nicht falsch, «effizientere Fahrzeuge beschaffen» ist gut und selbstverständlich nötig. Aber nimmt der Kanton durch den Kauf von Elektrobussen eine Vorbildrolle ein? Dabei macht der ÖV im Kanton Zürich nur 2 Prozent aller CO<sub>2</sub>-Emissionen des Verkehrs aus. Der motorisierte Individualverkehr (*MIV*) macht ganze 70 Prozent aus. Der schnellste Weg, im Verkehr die Treibhausgas-Emissionen zu senken, ist daher die rasche Umlagerung des MIV auf den ÖV, Fuss- und Veloverkehr. Die Lösung wäre so einfach: Wir erwarten, dass die Regierung endlich handelt. Es ist klar, die CO<sub>2</sub>-Reduktion ist eine Querschnittsaufgabe und betrifft alle sieben Direktionen. Die Regierung konnte mit dem Bericht nicht überzeugend darlegen, wie sie die Treibhausgas-Emissionen in allen Handlungsbereichen senken will. Sie hat es verpasst zu erläutern, welche Massnahmen beispielsweise in der Verwaltung, den Gesundheitseinrichtungen, den Bildungseinrichtungen oder den Sicherheitseinrichtungen geplant sind. Bezeichnend für das Unvermögen der Regierung ist auch, dass das Mobilitätsmanagement im Rahmen des Massnahmenplans Luftreinhaltung zwar geprüft wurde, anschliessend in der Verwaltung und den kantonalen Gesundheits- und Bildungseinrichtungen, also auch den Kantonsschulen, nicht umgesetzt wurde. Die Gelder dafür wären mit dem Rahmenkredit zum ersten Veloförderprogramm bewilligt gewesen. Bedauerlicherweise hat man es aber versäumt, sie auch zu nutzen. Deshalb braucht es in Zukunft eine konstruktive Klimapolitik der Gesamtregierung. Es müssen Handlungsziele definiert werden, und zwar in allen relevanten Bereichen. Die Zeit der

blumigen Berichte und Ausreden ist vorbei. Jetzt müssen Fakten geschaffen werden.

Wie soll es jetzt weitergehen? Im Bericht wird die langfristige Klimastrategie erwähnt. Diese sollte wohl bald vorliegen. Wir erwarten, dass diese directionsübergreifend gestaltet wird und dass alle Zuständigkeitsbereiche des Kantons berücksichtigt werden. Wir erwarten eine progressive Klimastrategie mit wirkungsvollen Massnahmen. Wir erwarten Massnahmen in allen Bereichen, die grosse Emissionen verursachen, insbesondere auch im Verkehr. Und wir erwarten, dass diese Massnahmen rasch eingeleitet werden. Nur wenn alle Direktionen gemeinsam Klimaschutz betreiben, kann der Kanton auch die gewohnte Vorbildrolle auf dem Weg in eine postfossile Gesellschaft einnehmen. Wir schreiben die beiden Postulate ab.

*Hans-Peter Amrein (SVP, Küssnacht; fraktionslos) spricht zum zweiten Mal:* Ich schäme mich nicht und repliziere kurz auf Herrn Nicola Siegrist. Und er muss sich auch nicht schämen, er will ja den Sozialismus und die Überwindung des Kapitalismus, wie ich auf seiner Webseite lese. Sonst finde ich nicht sehr viel heraus, ausser eben, dass er Josef Stalin (*sowjetischer Revolutionär*), Mao Tse-tung (*chinesischer Revolutionär*) und all diesen wunderbaren Leuten huldigt, welche ja sehr viel für diese Menschheit geleistet haben. Er ist Student. Ich weiss nicht von was und für was, ich weiss nur, dass ich ihn mit meinen Steuergeldern mitbezahle. Ich hoffe einfach, dass Herr Siegrist, anstatt solche ideologischen Reden hier zu halten, uns einmal zeigt, was er kann, wenn er sich an der ETH einschreibt. Ich denke, er ist nicht dort, sondern er ist irgendwo in einem anderen Thema (*Zwischenruf*). Ja, ich spreche zum Thema und ich lasse mir nicht dauernd reinreden hier von irgendwelchen Linken hier hinten. So geht es doch nicht. Ich möchte doch, dass der junge Herr Siegrist sich an der ETH einschreibt und etwas für die Forschung in diesem Land tut und seine vielen Hirnzellen für uns einsetzt. Dann hat sich das Geld, das ich als Steuerzahler in ihn einsetze, auch gelohnt.

*Nicola Siegrist (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal:* Geschätzter Herr Amrein, ich bin an der ETH eingeschrieben (*Heiterkeit*).

*Regierungsrat Martin Neukom:* Danke für diese unterhaltsame Debatte. Erlauben Sie mir einige Vorbemerkungen zur Ablehnung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes. Es ist natürlich extrem schade, dass es abgelehnt wurde, auch wenn es sehr knapp war, denn es kostet uns wertvolle Zeit. Wenn wir bis Ende des Jahrhunderts Zeit hätten, um klimaneutral zu werden, dann würde das alles nicht so eine Rolle spielen, und auch dann wäre ich optimistisch, dass wir es im nächsten oder übernächsten Anlauf auch schaffen. Das Problem an der Klimakrise ist, dass die zeitliche Dringlichkeit enorm ist. Man wusste von der Klimakrise bereits in den 1990er-Jahren. Hätte man damals begonnen, Klimaschutz zu machen, wäre die ganze Sache natürlich deutlich einfacher gewesen. In der Diskussion ums CO<sub>2</sub>-Gesetz ist aber eines aufgefallen, wenn man das aktiv verfolgt hat: Es waren eigentlich vor allem

die Lenkungsabgaben besonders umstritten, weil offensichtlich dieser Mechanismus, dass einem nachher wieder Geld zurückerstattet wird, von der Bevölkerung nicht besonders geschätzt wird. In meiner Interpretation liegt das vor allem daran, dass Mehrkosten von der Bevölkerung, und sei es jetzt nur, für einen Liter Benzin ein bisschen mehr zu bezahlen, als Bestrafung für moralisch schlechtes Verhalten empfunden werden. Ich denke, das zeigt uns, in welche Richtung wir nicht gehen sollten, sowohl in der Argumentation als auch in der Politik. Dieses Gerede von der Eigenverantwortung, jeder solle etwas beitragen, ist zwar schon gut, es kann natürlich jeder etwas beitragen, aber es hilft uns nicht, das Problem wirklich zu lösen. Wir brauchen also nicht eine Moral, sondern wir brauchen einen Strukturwandel und wir brauchen Massnahmen, die diesen Strukturwandel vorantreiben. Natürlich haben jetzt die Gegner ein bisschen Aufwind, ich habe es gehört, liebe Vertreterinnen und Vertreter der SVP, aber der Klimawandel schreitet trotzdem voran. Fragen Sie mal einen Bauern, wie es ihm ging im Trockensommer, wie er mit seinen Kulturen klarkam. Fragen Sie die Bauern, wie sich die Natur verändert, wie sich die Vegetationsperioden verändern, und jetzt stellen Sie sich vor, das ist erst der Anfang. Leider sind wir erst am Anfang der Klimakrise, das schreitet fort. Wenn das so fortschreitet, wie wird der Zustand für die Landwirtschaft 2050 sein oder noch später? Fragen Sie sich dann. Aber für all jene, die sich sehr stark für Klimaschutz eingesetzt haben, muss man sagen: Es lohnt sich jetzt auch nicht, den Kopf in den Sand zu stecken, sondern wir müssen einfach die nötigen Mehrheiten für diesen Strukturwandel finden, der zwingend nötig ist, beispielsweise die energetische Modernisierung unseres Gebäudeparks. Das ist das, was ich mit «Strukturwandel» meine.

Nun zu diesem Postulat: Selbstverständlich anerkennt der Regierungsrat die Dringlichkeit, auch wenn er auf den Notstand und auf die Ausrufung des Notstandes verzichtet. Respektive er hat ja einen Notstand ausgerufen, aber zu einem anderen Thema (*gemeint ist die Corona-Pandemie*). Was für den Regierungsrat wichtig ist, das sind Massnahmen. Das Postulat gibt deshalb auch einen gewissen Überblick über Massnahmen, die geplant sind, und es kommen natürlich noch weitere dazu. Wie das bereits erwähnt wurde, ist die Klimastrategie in Planung. Diese hat sich jetzt leider etwas verzögert, die Ablehnung des CO<sub>2</sub>-Gesetzes müssen wir jetzt zuerst noch analysieren und schauen, was das für Auswirkungen hat auf die Klimastrategie. Aber wir werden dann nächstens diese Klimastrategie vorstellen.

Ich habe gesagt, wir brauchen einen Strukturwandel. Ich denke, es ist wichtig, dass wir den Menschen auch vermitteln können, wie eine klimaneutrale Gesellschaft aussehen soll, das ist nämlich gar nicht so anders als heute.

Erste Massnahme, die wir brauchen: Es wird einen emissionsfreien motorisierten Individualverkehr geben. Das ist eine globale Entwicklung, das ist bereits unterwegs, das wird kommen. Nur glauben Sie ja nicht, dass die Schweiz hier ein Treiber war. Für die Entwicklung der Elektromobilität war der chinesische Markt besonders wichtig. China hat das aus industriepolitischen Gründen gemacht, bei der Problemlösung hat es trotzdem geholfen. In Europa war Norwegen das Land, das voranging. Was die Schweiz machen kann, um das voranzutreiben, ist: Der

Schweizer Staat und der Kanton können helfen, das Huhn-Ei-Problem der Elektromobilität und Ladestationen zu lösen, indem sie diesen Umbau beschleunigen und Ladestationen einfacher verfügbar machen. Damit können sie den Umstieg auf die Elektromobilität etwas beschleunigen.

Im Gebäudebereich sind die Massnahmen klar, das haben wir mit dem Energiegesetz bereits ausgiebig diskutiert. Die Gebäude werden besser isoliert sein und werden mit erneuerbaren Energien geheizt. Damit kriegen wir die Emissionen auf null. Und ein ganz wesentlicher Aspekt dieser ganzen Geschichte ist nun der Strom. Der Strom spielt eine Schlüsselrolle. Denn Dekarbonisierung, also das Wegkommen von den fossilen Energien, führt häufig dazu, dass der Stromverbrauch steigt, führt zu einer Substitution mit Anwendung von Strom. Deshalb ist es wichtig, dass wir möglichst viel erneuerbare Energien zubaue. Und die Energiequelle, die aktuell am besten zubaubar ist, ist die Solarenergie. Wir brauchen deshalb sehr, sehr viel Solarenergie; dies vor allem deshalb, weil wir genügend brauchen, damit sie auch im Winter genügend Strom liefert, wenn die Solarenergie nur ein Drittel des Stromverbrauchs liefert, wenn man das ganze Jahr anschaut.

Das sind die grössten Brocken, damit haben wir den grössten Teil. Weiter ist natürlich die Beton- und Zementindustrie sehr wichtig, damit wir die Dekarbonisierung schaffen, weil sie einen sehr grossen Anteil ausmacht. Es geht um die Dekarbonisierung der Industrie, des Flugverkehrs. Das schaffen wir nur mit sogenannten «Sustainable Airline Fuels», also künstlich erzeugtem Treibstoff, selbstverständlich mit erneuerbaren Energien erzeugt. Dann geht es um die Landwirtschaft und um sogenannte «Carbon Capture and Storage», also Technologien, die es erlauben, CO<sub>2</sub> aus der Atmosphäre zu entziehen und sicher im Untergrund zu lagern. Das werden die wesentlichen Elemente sein, die wir brauchen, und diese Technologien müssen wir vorantreiben. Und allein geht es nicht.

Erlauben Sie mir noch einen kurzen Kommentar zum Waldsterben, das wird ja immer wieder von jenen angeführt, die den menschengemachten Klimawandel pauschal anzweifeln. Man muss schauen, was nach der Waldsterben-Debatte passiert ist, was sich verändert hat in der Schweiz. Und wenn Sie sich die Luftqualität zu Zeiten der Waldsterben-Debatte anschauen, Herr Amrein, und die Luftqualität heute, dann werden Sie feststellen, dass man durch politische Massnahmen erreicht hat, dass sich die Luftqualität deutlich verbessert hat. Das hat natürlich dazu beigetragen, dass das Waldsterben so nicht eingetreten ist.

Ich komme zum Schluss: Es wird immer wieder gesagt, dass es auf die Schweiz nicht ankomme. Natürlich können Sie das sagen. Es ist so, wie wenn Sie sagen, dass es auf mich als Steuerzahler nicht ankomme oder auf Ihre Stimme. Wenn Sie abstimmen, können Sie schon sagen «das kommt auf mich nicht an», aber es ist falsch, wenn Sie glauben, dass die Schweiz ein Vorreiter sei und im Ausland überhaupt nichts passiere. Das ist komplett falsch. Mittlerweile haben sich auch die USA wieder ambitionierte Klimaziele gesetzt, die EU hat ein Netto-null-Ziel, die USA haben ein Netto-null-Ziel und sogar China hat mittlerweile ein Netto-null-Ziel. Die meisten Länder haben sich ein Netto-null-Ziel gesetzt. Ein Drittel der «Fortune 500», also der 500 grössten Unternehmen der Welt, haben sich Netto-

null-Ziele gesetzt. Mittlerweile verlangen es auch Investoren, Sie lesen das häufig in der Presse. Staaten investieren sehr grosse Summen in den Klimaschutz, es ist also nicht so, dass die Schweiz vorangeht und das Ausland nichts tut. Es ist sogar eher ein bisschen anders herum. Deshalb ist es unbedingt nötig, dass wir auch in der Schweiz unseren Beitrag leisten. Ich bitte Sie, diese beiden Postulate abzuschreiben. Besten Dank.

*Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen):* Ich habe kurz vor Herrn Neukom aufgestreckt, bin dann nicht mehr drangekommen, wollte dann wieder nicht mehr sprechen. Und dann, als Herr Neukom ins gleiche Horn und auf dem gleichen Niveau wie Herr Siegrist gesprochen hat, fühlte ich mich trotzdem etwas aufgewühlt und musste hier ans Rednerpult. Und zwar sind der Punkt diese Katastrophenszenarien, die Sie in den Raum stellen. In den 80er-Jahren, zwischen 1980 und 1990 lebten 4 bis 5 Milliarden Menschen auf der Erde; ich habe nur in der Kürze schnell die Jahrzehnte gesehen. 4 bis 5 Milliarden, heute sind wir annähernd 8 Milliarden. Und die schlimmste Hungersnot, an die ich mich erinnern kann und die ich schon als Kind miterlebt habe, also nicht miterlebt, aber mit viel Mitgefühl beobachten konnte, war diejenige in Äthiopien in den 80er-Jahren, als Millionen von Menschen verstorben sind. Eine solche Hungersnot hatten wir seither nicht mehr. Die Ursache war in jener Zeit die Abholzung der Sahelzone, wodurch dort das Gras immer mehr zurückging. Das sind Details, die man anschauen muss. Und man kann jetzt nicht hingehen und sagen: Dass sich die Erde um ein halbes, um 1 Grad erwärmt, sei verantwortlich für alle künftigen Katastrophen, wenn zum Beispiel die Menschheit um 4 Milliarden gewachsen ist, und so weiter. Und Herr Siegrist hat uns hier, obwohl er an der ETH studiert, nicht Wissenschaft, sondern Thesen, Modelle präsentiert. Und zu diesen Modellen gibt es Gegenmodelle, und die werden diskutiert. Es ist nicht redlich, mit solchen Modellen ein Klima der Angst zu schaffen, das ist nicht redlich. Und Herr Neukom hat nachher ins gleiche Horn geblasen, weder wissenschaftlich noch redlich. Technologien, die sich bewähren, Herr Neukom, die lohnen sich auch, und das haben Sie weder im Betonbereich noch im Elektromotorenbereich. Wo Sie es hätten, wäre bei der Kernkraft, und da sind Sie ja dagegen.

*Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen):* Es ist ja nicht üblich, dass man nach einem Regierungsrat spricht, trotzdem fühle ich mich da angesprochen, aus zwei Gründen: Erstens hat der Regierungsrat lobenswerterweise die Landwirte erwähnt, nicht unbedingt inhaltlich lobenswerterweise, dazu möchte ich Stellung nehmen. Und zweitens bin ich schon ein bisschen irritiert über das Votum. Ich verstehe sein flammendes Votum für das Thema und trotzdem bin ich ein bisschen überrascht. Bei dem, was seine Aufgabe hier im Kantonsrat ist und seinem Referat sehe ich eine gewisse Diskrepanz. Ich kenne nämlich keinen Regierungsratsbeschluss, in dem der Gesamtregierungsrat das CO<sub>2</sub>-Gesetz unterstützt hat. Er hat ein flammendes Votum der Regierung gehalten, warum das CO<sub>2</sub>-Gesetz abgelehnt wurde. Ich kenne keinen Regierungsratsbeschluss, in dem das CO<sub>2</sub>-Gesetz unterstützt wurde. Und ich bitte doch, sich, wenn man für die Regierung spricht,

auf die Regierungshaltung zu beschränken. Das wäre, glaube ich, die Aufgabe eines Regierungsrates hier im Kantonsrat. Ich akzeptiere seine persönliche Haltung, seine Meinung, das ist sein gutes Recht. Aber im Kantonsrat soll die Meinung der Regierung repliziert werden, und diese habe ich so nicht gelesen. Herzlichen Dank für die Kenntnisnahme.

*Regierungsrat Martin Neukom:* Geschätzter Herr SVP-Fraktionspräsident Martin Hübscher, ich habe hier die Regierungsmeinung vertreten. Die Regierung hat das CO<sub>2</sub>-Gesetz unterstützt. Danke.

### *Detailberatung*

#### *I. und II.*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

#### *III. und IV.*

*Ratspräsident Benno Scherrer:* Zu Ziffern römisch III und IV liegt ein Antrag vor. Barbara Franzen beantragt die Abschreibung der dringlichen Postulate ohne abweichende Stellungnahme.

### *Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 89 : 84 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), den Antrag von Barbara Franzen abzulehnen.**

**Die dringlichen Postulate KR-Nrn. 62/2019 und 63/2019 werden mit abweichender Stellungnahme abgeschrieben.**

Das Geschäft ist erledigt.